

Die hohe Arbeitslosigkeit stand und steht auch nach den Reformen der Agenda 2010 und dem Wechsel der Bundesregierung im Zentrum der wirtschaftlichen und sozialen Probleme Deutschlands.

Die als historisch bezeichnete EU-Osterweiterung hat im Lauf des Jahres 2005 bereits im ersten Jahr ihrer Verwirklichung vor Augen geführt, welche Turbulenzen der freie Waren- und Dienstleistungsverkehr bei starken Unterschieden von Löhnen und sozialen Standards in den Mitgliedstaaten auslösen kann. In Deutschland spürt man die Turbulenzen besonders, denn in unmittelbarer geographischer Nähe zu Polen oder Tschechien treffen besonders starke Unterschiede in den Lohn- und Sozialniveaus aufeinander. Bedroht sind die sozialen Errungenschaften, deren Segnungen vor allem über erhebliche Sozialabgaben auf abhängige Beschäftigung finanziert werden und im Vergleich mit anderen Ländern Lohnkostennachteile verursachen.

Wollten die europäischen Mitgliedstaaten beim Gipfel von Lissabon im Jahr 2000 noch der bis 2010 dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt werden, so ist von diesem Optimismus nicht mehr viel übrig geblieben. Es geht mehr um Abschottung als um Integration, um das Bewahren von Erworbenem und nicht um das Gestalten von Neuem, die Errungenschaften der Vergangenheit dominieren Neugier und Lust auf eine bessere Zukunft.

Zunächst ging es um die Frage, wie zu verhindern sein könnte, dass osteuropä-

ische Fleischer oder Fliesenleger deutschen Arbeitnehmern die Jobs streitig machen. Die politischen Ideen waren nicht neu. Das rot-grüne Bundeskabinett beschloss, daran sei erinnert, die Ausdehnung der Entsenderichtlinie am Bau auf alle Branchen und setzte damit faktisch auf tarifliche Mindestlöhne. Ein anderer Vorschlag sah die Ausdehnung des Verbotes der Freizügigkeit für osteuropäische Arbeitnehmer (so genannte 2+3+2-Regelung) auf die Anbieter von Dienstleistungen vor. Auch wurde im Zuge der Beschlussfassung über die Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Kommission heftig über eine weit reichende Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit diskutiert. Im Ergebnis wurde die Richtlinie vertagt, bevor sie in diesen Tagen in Brüssel wieder zur Diskussion gestellt wurde.

Erschwerend kommt hinzu, dass sich viele Menschen der zunehmenden Globalisierung immer hilfloser ausgesetzt sehen und die politischen Akteure immer mehr Schwierigkeiten haben, in einer grenzenlosen Wirtschaft Politikentwürfe umzusetzen, die im eigenen Land Wirkung entfalten.

Die Debatten verunsichern Bürger, Wähler, Konsumenten, Unternehmer und Investoren. Konzerne machen Gewinne und entlassen ihre Mitarbeiter, ohne auf ihre Gewinne entsprechende Gewinnsteuern zahlen zu müssen – im Gegenteil, die Aufwendungen für Jobverlagerungen mindern hier zu Lande die steuerliche Bemessungsgrundlage.

Führende Wirtschaftswissenschaftler sind sich nicht darüber einig, ob es in Deutschland überhaupt eine wirtschaftliche und soziale Krise gibt, ob eine stärkere fiskalische Flankierung des Reformprozesses notwendig wäre oder ob nur eisernes Sparen den Weg aus der Krise weist. Entsprechend unvereinbar sind die wirtschaftspolitischen Empfehlungen.

Widersprüchliche Aufforderungen der Politik halten einerseits zu stärkerer privater Eigenvorsorge an, um im gleichen Atemzug größere Konsumlust einzufordern. Gravierende Veränderungen, die jahrzehntelang als Tabu galten (exemplarisch seien die Verlängerung der Wochenarbeitszeit oder die Kürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld erwähnt), wurden nicht ausreichend erläutert und treffen deshalb auf Unverständnis. Hinzu kommt eine erhebliche Verunsicherung vieler Bürger über den weiteren Verlauf der persönlichen wirtschaftlichen Situation.

In diese Verunsicherung hinein platzte ein Vorstoß des damaligen Bundesvorsitzenden der SPD, Franz Müntefering. Er warf den international operierenden Finanzjongleuren vor, sie würden ihre kurzfristigen Gewinninteressen über das Schicksal der Mitarbeiter stellen, wie die Heuschrecken auch gesunde Unternehmen abgrasen, um danach weiterzuziehen und die Unternehmen, die Mitarbeiter, die Länder und Standorte geschwächt zurückzulassen.

Die Resonanz, die Münteferings Äußerung in den Parteien und der Öffentlichkeit gefunden hat, zeigt ein interessantes Bild. Einerseits traf der pauschale Angriff auf internationale Finanzfonds auf große Resonanz und Unterstützung in der Öffentlichkeit (74 Prozent der Bürger hielten die Kritik für berechtigt), andererseits konnte die SPD weder die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen noch die Bundestagswahlen gewinnen.

Welche Schlüsse können aus einer der wirtschaftspolitischen Debatten des Jahres 2005 für die Wirtschaftsordnung am Standort Deutschland gezogen werden, gerade wenn es darum geht, die Bürger auf die anstehenden Veränderungen durch die neue Bundesregierung vorzubereiten? Die Bundestagswahl vom 18. September 2005 hat ein uneinheitliches Bild abgegeben, kein Politikentwurf hat eine Mehrheit bekommen. Wenn das auf die beschriebene Verunsicherung der Wähler zurückzuführen ist, dann versucht dieser Beitrag etwas Ordnung anzubieten.

Übertreibungen von zwei Seiten

Ordnen ist ein gutes Stichwort. Die Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft, deren einen oder anderen Enkel man gerade jetzt dringend bräuchte, hatten in ihrem Streben immer eine Ordnung vor Augen, die dem Menschen angemessen ist – angemessen und nicht anmaßend. Die Würde des Menschen ist untrennbar verknüpft mit der Möglichkeit, seine eigenen freien Entscheidungen treffen zu können und zu dürfen. Und die Würde des Menschen verletzt, wer ihn zum bloßen Mittel oder Objekt seines Handelns macht.

So verstanden, hat Franz Müntefering mit seiner Kapitalismuskritik einen Kern getroffen, der niemanden kalt lassen kann.

Werden Arbeitnehmer reduziert auf einen bilanziellen Kostenfaktor, sind sie im Hinblick auf die persönlichen Verdienstmöglichkeiten von Managern nur noch ein Hindernis auf dem Wege zur höheren variablen Vergütung, oder werden die Folgen strategischer Fehlentscheidungen des Managements ausschließlich auf dem Rücken der Mitarbeiter ausgetragen, dann liegt ein Verstoß gegen die Würde des Menschen vor.

Allerdings soll hier über die Motive des Handelns der Manager großer Unter-

nehmen oder Finanzierungsgesellschaften nicht spekuliert werden. Denn es wäre ebenso anmaßend, allen pauschal Gier oder Profitsucht zu unterstellen.

Fondsgesellschaften, die ihre Eigenkapitalzuführung an höhere Renditen knüpfen, sind ordnungspolitisch nicht zu verdammen. Höhere Renditen sind in einer funktionierenden Wettbewerbsordnung immer noch die beste Gewähr für mehr private Investitionen und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Und die Tatsache, dass höhere Renditeziele auch erreicht werden durch die Entlassung von Mitarbeitern, ist kein spezielles deutsches Phänomen.

Allgemeine Trägheit

Um es anders auszudrücken: Die Heuschrecken grasen auch in anderen europäischen Ländern. Deutschland trifft dieses Problem aber deshalb besonders hart, weil es hier schlechter als in anderen Ländern gelingt, den entlassenen Menschen neue Beschäftigungschancen zu eröffnen. Aus dieser Trägheit resultieren allgemeine Verunsicherung und Konsumzurückhaltung, sie bestimmt die Debatte um ein Bewahren des altbekannten *Status quo* und macht anfällig für eine undifferenzierte Schelte auf Manager in großen Unternehmen oder Fondsgesellschaften.

Man muss also genauer hinschauen, wenn es um die Fragen geht, die Franz Müntefering aufgeworfen hat, und es darf nicht vergessen werden, dass die Würde des Menschen nicht nur durch private Institutionen bedroht wird, sondern genauso gefährdet wird durch staatliche Bevormundung. Oder, um im Jargon zu bleiben, übertriebenes staatliches Handeln gebärdet sich auch wie eine Heuschrecke.

Wohlgemerkt, dahinter verbirgt sich nicht die Forderung nach Abschaffung kollektiven Handelns durch staatliche Institutionen. Der Rechts- und Sozialstaat als Garant der Freiheit, des Rechts-

rahmens und der gesellschaftlichen Ordnung erfüllt seine ordnungspolitische Grundaufgabe dann, wenn er dem Einzelnen ein Mindestmaß an materieller Eigenständigkeit ermöglicht – nur dann erschließt sich menschliche Würde aus eigenen freien Entscheidungen. Ein starkes, funktionierendes Staatswesen wird weiterhin gebraucht, und es tut Not, diesen Staat auch zu finanzieren.

Aber: Dauerhafte materielle Abhängigkeit von staatlicher Fürsorge und eine staatliche (Über-)Regulierung, die dem Einzelnen Möglichkeiten nimmt, zum Beispiel neue Arbeit zu finden, sind ein genauso schlimmer Verstoß gegen Wesen und Würde des Menschen wie rücksichtsloses Managerverhalten.

Franz Müntefering hat eine Antwort auf die von ihm aufgeworfene Kritik bisher verweigert, er hatte seit Mitte des Jahres auch einiges zu tun. Er sprach bisher nur davon, dass die Debatte „weitergehen müsse“. Es ist anzunehmen, dass seine Antworten in eine Richtung gehen, die ihr Heil in mehr staatlicher Regulierung sucht. Diese Einschätzung wurde durch den „Linksruck“ der SPD im Wahlkampf nicht widerlegt.

Der richtigerweise angesprochenen Gefährdung wirtschaftlichen Wohlstands durch rein spekulative internationale Finanztransaktionen kann mit weiterer staatlicher Regulierung teilweise begegnet werden. Jüngst hat die europäische Zentralbank gefordert, das Wirken von Hedge-Fonds besser zu überwachen. Die zirka 9000 Hedge-Fonds unterscheiden sich von anderen Kapitalsammelstellen dadurch, dass sie größere Anlagefreiheiten haben und nutzen. Sie sind an mehr Märkten aktiv, führen häufiger Transaktionen durch und setzen aktiv auf fallende Kurse. Das von diesen Hedge-Fonds verwaltete Vermögen wird weltweit auf 1000 Milliarden Euro geschätzt. Rund ein Drittel des weltweit gehandelten Aktienvolumens soll auf Hedge-Fonds zurück-

gehen. Wenn Banken oder Pensionsfonds ihr Geld in Hedge-Fonds anlegen, fehlt ihnen häufig die notwendige Transparenz zur Überprüfung der Anlagestrategie der Fonds. Das gefährdet das dort investierte Geld der Anleger. Deshalb lag Franz Müntefering nicht falsch bei seiner Kritik. Leider ist er dem Eindruck nicht wirksam entgegengetreten, jeder Fonds und jede Kapitalsammelstelle gehöre zu den Heuschrecken.

Für eine freie, offene Volkswirtschaft bleibt der über Grenzen hinweggehende Kapital- und Finanzverkehr aber trotz der beschriebenen Gefahren eine unverzichtbare Bedingung für weltweiten Wettbewerb, internationale Arbeitsteilung und Wohlstandsmehrung. Selbst wenn staatliche Regulierung für Hedge-Fonds eine Möglichkeit darstellt, mehr Transparenz zu schaffen, so sollte man mit Bedacht vorgehen.

Wie gesagt, zu viel staatliche Regulierung kann den Voraussetzungen von Heuschreckengebaren auch genügen. Es ist sogar zu befürchten, dass es um die Würde vieler Menschen dann noch schlechter bestellt ist. Erinnert sei nur an die von Walter Eucken bereits 1948 thematisierte neue soziale Frage, nämlich „die drückende Abhängigkeit von diesem Staat, die außerordentliche Gefährdung der menschlichen Freiheit, die Umwandlung des Menschen in das Teilstück einer großen Maschine (und) die [...] wirtschaftliche und soziale Unsicherheit, die aus dieser Abhängigkeit entspringt“.

Schlüssel zum Wohlstand

Insofern ist es beruhigend, dass die angestoßene Debatte der SPD keinen überragenden Aufschwung in der Wählergunst eingebracht hat. Offensichtlich verfügen die Menschen in diesem Land über einen ordnungspolitischen Kompass, der den politischen Vertretern manchmal abhandeln zu kommen scheint.

Nur zwischen den beiden Polen rein privater (kapitalistischer) oder rein staatlicher (sozialistischer) Einflussnahme auf den Wirtschaftsprozess wird aus einer Wirtschaftsordnung eine gesellschaftliche Ordnung, die dem Menschen angemessen ist. Darin liegt kein dritter Weg, sondern der Schlüssel zu einer Versöhnung der deutschen Bevölkerung mit den Grundlagen ihres eigenen Wohlstandes.

Eine freiheitliche Ordnung, die den Einzelnen in die Lage versetzt, sein Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen und nicht zum bloßen Mittel in den Händen anderer zu werden.

Eine gerechte Ordnung, die dem Einzelnen eine angemessene Teilhabe am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg seines eigenen Handelns ermöglicht und gewährleistet, dass der freiheitliche Rahmen bestimmten Spielregeln folgt, deren Einhaltung durch staatliche Institutionen sichergestellt wird.

Und eine solidarische Ordnung, in der der Einzelne so viel Gemeinsinn für die Belange seines Nächsten mitbringt, dass er sein eigenes Wohlergehen immer auch ableitet vom Wohlergehen der weniger Betuchten oder Begabten und bereit ist, in seiner örtlichen Gemeinschaft Verantwortung über den Tag und die eigene Person hinaus wahrzunehmen.

Angesichts von 4,5 Millionen registrierten Arbeitslosen fehlt es vielen bereits an der nötigen Freiheit und Möglichkeit, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Für eine gerechte und solidarische Ordnung bleibt in einer solchen Situation dann fast kein Raum mehr. Das lähmende Schicksal der Arbeits- und Ausweglosigkeit beginnt die Grundlagen der bundesrepublikanischen Ordnung auszuhöhlen. Denn unter der Arbeitslosigkeit und ihren großen sozialen, moralischen und politischen Folgen und Kosten leiden nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die Beschäftigten. Das immer höhere Niveau der Umverteilung reduziert

die Spielräume aller, lähmt die Initiative und verbreitet Zukunftsängste.

In dieser Situation sind alle Teile einer Gesellschaft betroffen und gefordert – nicht nur die Politik. Aber sie ist vielleicht besonders gefordert. Die notwendigen Diskussionen sind auch im vergangenen Bundestagswahlkampf nicht geführt worden. Das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft als eine dem Menschen angemessene Gesellschaftsordnung wurde nicht verdeutlicht. Letztlich wurde die Soziale Marktwirtschaft am Ende zwar als Gesellschaftsmodell für das einundzwanzigste Jahrhundert gepriesen, aber sowohl Union als auch Sozialdemokraten reklamierten ihre zukunftsfähige Gestaltung für sich. Dieser Eindruck musste gerade deshalb entstehen, weil die Stärke der Sozialen Marktwirtschaft gegenüber ihren schlechten Alternativen, der Bevormundung des Einzelnen durch private oder staatliche Übertreibung, nicht herausgearbeitet wurde. Und weil in öffentlichen Debatten wie derjenigen um Heuschrecken die Soziale Marktwirtschaft einer fast willkürlichen Vereinnahmung ausgesetzt wurde, ohne Hintergründe und Zusammenhänge zu hinterfragen.

Eine ernsthafte Diskussion hätte zum Beispiel abgewogen zwischen Bereichen, in denen man sich von bestimmten Regulierungen trennen sollte, die eine freiheitliche Ordnung gefährden (exemplarisch seien erwähnt eine Lockerung des Kündigungsschutzes für Neueinstellungen, eine Stärkung der betrieblichen Absprachen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern), und warum man an bestimmten Stellen das Regulierungsniveau auch (wieder) erhöhen sollte, weil die gerechte,

solidarische Ordnung auf dem Spiel steht (so zum Beispiel bei einer europaweit harmonisierten Bemessungsgrundlage der Unternehmensteuern, bei der Deckelung von Gehältern oder Abfindungen für Spitzenmanager oder bei der Kontrolle von Hedge-Fonds).

Im Vordergrund dieser Debatte hätte ein Ziel stehen können: ein Land, eine Gesellschaft zu sein, in der die Beteiligten darum ringen, dass jeder einen seinen Fähigkeiten entsprechenden eigenen Beitrag leisten kann und soll, weder gegängelt durch staatlichen Dirigismus noch durch profitsüchtige Kapitalsammelstellen. Dieses zu verwirklichen war und ist das Modell der Sozialen Marktwirtschaft. Ein Modell, das immer deshalb unvollkommen sein und bleiben wird, weil es dem unvollkommenen Menschen angemessen ist und weil die drei beschriebenen Ordnungen in einem natürlichen Widerstreit stehen müssen. Aber der Widerstreit wird deshalb fruchtbar sein, weil die Würde des Einzelnen, das zentrale Postulat unserer Verfassung, im Vordergrund des Widerstreits steht und die Soziale Marktwirtschaft wie unsere Demokratie die beste unter allen unvollkommenen Ordnungen ist und bleibt.

Wenn die Kapitalismuskritik eine Diskussion über den Weg zu einer solchen Rückbesinnung auf die Grundlagen einer Sozialen Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt auslösen würde, wäre der Diskussionsanstoß ein glaubwürdiger. Die aktuelle Debatte ist also eine große Chance, die Grundlagen dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung wieder zu verdeutlichen. Und auch dies ist ein kleiner Beitrag zur Modernisierung des Standorts Deutschland.